
Antworten auf zivilisatorische Rückschritte

Rezension von: Heinrich Geiselberger
(Hrsg.), Die große Regression –
Eine internationale Debatte über die
geistige Situation der Zeit, Suhrkamp
Verlag, Berlin 2017, 318 Seiten,
broschiert, € 18;
ISBN 978-3-518-07291-2.

Es ist ein überaus ambitioniertes Projekt geworden: ein Buch, 16 Beiträge von internationalen DenkerInnen, übersetzt in 14 Sprachen und als Kooperationsprojekt zeitgleich publiziert u. a. bei so renommierten Verlagen wie Suhrkamp, Polity Press oder Seix Barral. Dazu eine passende Homepage (in deutscher Sprache: www.grosseregression.de), eigens erstellte youtube-Videos, Twitter- und Facebook-Accounts sowie – natürlich – zahlreiche Veranstaltungen und Beiträge in Zeitung und Radio in den verschiedenen Ländern. Das erklärte Ziel: der Internationalen der NationalistInnen die Kraft einer transnationalen Öffentlichkeit entgegenzustellen.

Der von dem Suhrkamp-Lektor Heinrich Geiselberger im Jahr 2017 herausgegebene transnationale Debattenband ist mehr als ein Buch. Es ist der Versuch, einen Diskurs über den Zustand moderner Gesellschaften in und zwischen verschiedenen Ländern in Gang zu setzen. Die Beiträge des Buches prägen ein gemeinsamer Befund: Die Welt befinde sich derzeit „im Rückwärtsgang“ (dieser wird in der deutschen Version des Buches auch bildlich am Titelblatt abgebildet).

Die AutorInnen des Sammelbandes verbindet auch das Gefühl, auf diesen

gesellschaftlichen Rückschritt der letzten Jahre wissenschaftlich wie essayistisch reagieren zu müssen. Sie wollen sowohl analysieren, wie es zu diesem Zurückfallen hinter einst für sicher geglaubte gesellschaftliche Standards kommen konnte, als auch potenzielle Wege suchen, um dem regressiven Trend etwas entgegenzusetzen. In den Beiträgen werden die gesellschaftlichen Entwicklungen daher sowohl in einem historischen Kontext verortet und Szenarien für die nächsten Jahre erörtert wie auch Strategien diskutiert, mit denen Politik und Zivilgesellschaft diesen Entwicklungen entgegentreten könnten.

In seiner Einleitung weist der Herausgeber darauf hin, dass die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre – die sich als eine Art „gesellschaftlicher Backlash“ in Form eines Wiederaufschwungs von Sexismus, Rassismus und Autoritarismus beschreiben lassen – keineswegs unvorhersehbar gewesen wären. Viele Entwicklungen wären bereits in der Neoliberalismus-/Globalisierungsdebatte und im Zuge der globalisierungskritischen Bewegung Mitte, Ende der 1990er-Jahre vorhergesehen worden.

Die „Globalisierungsrisiken“, die damals bereits skizziert wurden, wären heute real geworden (Stichwort: Terrorismus, Klimawandel oder Finanzkrise). Geiselberger verweist hier insbesondere auf die Arbeiten von Noam Chomsky, Naomi Klein, Dani Rodrick, Joseph Stiglitz, Robert Reich und Wilhelm Heitmeyer. Letzterer hätte in dem von ihm mitherausgegebenen Sammelband zu den „Schattenseiten der Globalisierung“ mit dem Begriff des „autoritären Kapitalismus“ bereits eine treffende Beschreibung des gegenwärtigen Gesellschaftszustands geliefert.

Die aktuelle Debatte sei jedoch weit hinter den Stand der Debatte über Globalisierung und ihre Auswirkungen zurückgefallen. Mit dem Band wolle man wieder an diesen Debatten der 1990er-Jahre anknüpfen und diese angesichts der veränderten Rahmenbedingungen fortführen.

Neben der Ambition des Buches, eine transnationale Debatte in Gang zu setzen, ist auch die Liste der 15 BeiträgerInnen beeindruckend: Arjun Appadurai, Zigmunt Bauman, Donatella della Porta, Nancy Fraser, Eva Illouz, Ivan Krastev, Bruno Latour, Paul Mason, Pankaj Mishra, Robert Misik, Oliver Nachtwey, César Rendueles, Wolfgang Streeck, David Van Reybrouck und Slavoj Žižek haben an dem Buch mitgeschrieben (bzw. bereits in anderen Büchern und Zeitschriften erschienene Beiträge bereitgestellt).

Die einzelnen Beiträge – von denen die besonders interessanten im Folgenden näher vorgestellt werden – eint die Einschätzung, dass die neoliberale Globalisierung weltweit zu einer Verschärfung der Ungleichheit und einer Polarisierung zwischen Arm und Reich geführt hat.

Mit Karl Polányi wird vielfach von der Entbettung der Ökonomie gesprochen und deren Wiedereinbettung auf globaler Ebene gefordert. Viele AutorInnen bringen in ihren Beiträgen durchaus auch Verständnis für die zunehmende Attraktivität rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien auf, da diese die Entwicklungen in den westlichen Gesellschaften im Zuge der neoliberalen Globalisierung am schärfsten kritisieren würden, auch wenn sie die soziale Frage dann stets nationalistisch bzw. rassistisch beantworten.

Der Soziologie Oliver Nachtwey be-

schreibt den gegenwärtigen gesellschaftlichen Prozess etwa mit dem – an Norbert Elias' Werk angelehnten – Begriff der „regressiven Entzivilisierung“. Entgegen dem weit verbreiteten Fortschrittsoptimismus wären die westlichen Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten nicht zivilisierter, sondern entzivilisierter geworden. Dies führt der Soziologe vor allem auf die dystopischen Wirkungen der Individualisierung und der Vermarktlichung zurück (Adorno lässt grüßen!). Der Markt wäre zur zentralen Referenzgröße für alle Lebensbereiche geworden und zwingt das Individuum, seine Anforderungen zu verinnerlichen: Selbstkontrolle und -beherrschung und permanente Selbstoptimierung wären zum zentralen gesellschaftlichen Imperativ geworden.

Einhergehend mit der wachsenden sozialen Ungleichheit und den steigenden Abstiegsrisiken führe dies jedoch zu einer inneren Zerrissenheit bei den Betroffenen, die den Ansprüchen des Marktes nicht mehr gerecht werden können. Die gegenwärtigen Prozesse der Entzivilisierung könnte man – mit Norbert Elias – daher „als Machtkonflikte in den Figurationen von Etablierten und Außenseitern“ (S. 227) auffassen: „Die Etablierten [haben] den Eindruck, sie würden durch die Ankunft von Außenseitern bedroht, [und] reagieren [...] mit abwertenden Stigmatisierungen“ (ebd.). Dies erklärt Nachtwey zufolge auch, warum sich Phänomene der Entzivilisierung nicht nur in den (unteren) Mittelschichten, sondern vor allem auch bei den Eliten zeigen.

In eine ähnlich, analytische Kerbe schlägt auch der Beitrag des spätestens seit seinem Buch „Postcapitalism“ einer breiteren Öffentlichkeit bekann-

ten Wirtschaftsjournalisten Paul Mason. Am Beispiel der Entwicklungen in Großbritannien skizziert er die Veränderungen in der globalen Ökonomie, die Verschiebungen in den Machtverhältnissen zwischen Arbeit und Kapital und damit einhergehend die veränderten politischen und gesellschaftlichen Orientierungen der britischen Arbeiterklasse. Diese wäre zwar nie gefeit gewesen vor Rassismus und ethnisch basierten Formen der Ausgrenzung, allerdings hätte innerhalb der britischen Arbeiterklasse bis in die 1980er-Jahre eine prinzipielle Klassenloyalität vorgeherrscht („Sind wir unten in der Grube nicht alle schwarz?“, S. 150).

Die gezielte Schwächung der Arbeiterklasse im Zuge der Regierung unter Thatcher einhergehend mit massiven Umstrukturierungen und Privatisierungen in der britischen Wirtschaft, der Finanzialisierung, dem Abbau von Formen progressiver Besteuerung und einem Rückbau des Sozialstaates dient für ihn als eine Hintergrundfolie für die Erklärung der zunehmenden Attraktivität des Rechtspopulismus. Die Linke müsse allerdings nicht nur verstehen, woher diese Wut der Arbeiterklasse kommt, sondern auch versuchen, diese in eine andere Richtung zu lenken: „Der große Fehler der Linken [...] war, dass sie nicht begriffen, wie fragil die neoliberale Erzählung war. Wir kritisieren den wirtschaftlichen Inhalt des Neoliberalismus, aber wir bauten unsere eigene Erzählung auf der Annahme auf, seine politischen Formen würden Bestand haben. Jetzt muss die Linke den rechtsextremen Nationalismus in den Arbeitergemeinden mit einer anderen Erzählung bekämpfen“ (S. 169).

Auch der Beitrag der Philosophin Nancy Fraser setzt an der fehlenden Erzählung der Linken (im weiten Sin-

ne) an. Fraser argumentiert in ihrem Beitrag, dass die WählerInnen in den USA bei der Wahl zwischen Hillary Clinton und Donald Trump eigentlich nur zwischen Pest und Cholera wählen konnten. Auf der einen Seite stand der reaktionäre Populismus, auf der anderen Seite der progressive Neoliberalismus, bestehend aus einem „Bündnis „neuer sozialer Bewegungen (Feminismus, Antirassismus [...]) mit Vertretern hoch technisierter [...] dienstleistungsbasierter Wirtschaftssektoren (Wall Street, Silicon Valley)“ (S. 78).

Fraser zufolge haben sich die WählerInnen von Trump vor allem *gegen* den progressiven Neoliberalismus und weniger *für* den reaktionären Populismus entschieden. Der Finanzkapitalismus und die Angriffe auf die sozialen Sicherungsleistungen wären in den USA in den 1990ern nämlich mit einer von sozialen Bewegungen geborgten emanzipatorischen Fassade verbrämt gewesen. Aus Sicht der Trump-WählerInnen wären „Feminismus und Wall Street [daher] zwei Seiten derselben Medaille – perfekt vereint in Hillary Clinton“ (S. 83). Aufbauend auf dieser Analyse fordert die Feministin von der Linken natürlich keineswegs einen Rückschritt bei Fragen der Geschlechtergerechtigkeit oder der Menschenrechte, sondern, dass „die Linke [...] sich der scheinbaren Alternative progressiver Neoliberalismus oder reaktionärer Populismus verweigern“ (S. 88) und den sozialen Widerstand gegen die herrschende Ordnung neu definieren müsse: „Anstatt uns einer Seite anzuschließen, die den mit dem Emanzipationsaspekten aufgehübschten finanzmarktgetriebenen Kapitalismus gegen den sozialen Ausgleich stellt, sollten wir ein neues Bündnis der Emanzipationsbewegungen mit den Advokaten

des sozialen Ausgleichs schmieden“ (ebd.).

Die Bewegungsforscherin Donatella della Porta gibt mit ihrem Beitrag schlussendlich etwas Grund zur Hoffnung, argumentiert sie doch, dass wir uns nicht unbedingt in einer Zeit der globalen Regression befinden, sondern zeitgleich progressive wie regressive Entwicklungen stattfinden. Beide Prozesse wären durch die Veränderungen in der globalen Ökonomie und den Neoliberalismus der letzten 30 Jahren ausgelöst worden. Sie wären zu verschiedenen Zeiten zwar jeweils mehr oder weniger betont worden, dennoch liefen sie stets parallel ab.

Della Porta verweist hier auf Polányis Modell der doppelten Bewegung, das besagt, dass gesellschaftliche Kräfte stets Gegenkräfte (in höchst unterschiedliche Richtungen) freisetzen können. Das größte Problem ist für della Porta daher nicht ein globaler, regressiver Trend, sondern dass die progressiven Kräfte zu zersplittert sind und kein gemeinsames Projekt verfolgen. Sie schlägt dementsprechend vor, sich besser grenz- und milieuüberschreitend zu koordinieren, einen Raum für Begegnungen zu schaffen und von den erfolgreichen, progressiven Bewegungen der Vergangenheit (wie der globalisierungskritischen Bewegung) zu lernen.

Die hier kurz skizzierten, aber auch einige andere Beiträge des Sammelbandes sind durchaus sehr interessant zu lesen; aufgrund ihrer Kürze (meist um die 15-20 Seiten) eignen sie sich auch gut als „Lektüre zwischendurch“. Zu hinterfragen ist meiner Ansicht nach allerdings die Auswahl der AutorInnen. Die meisten Beiträge prägt zwar ein linker bzw. linksliberaler Geist, allerdings

findet man in einzelnen Beiträgen auch durchaus konservative „Einsprengseln“. Wenn es aber darum gehen sollte, progressive Debatten zu bündeln, die Initialzündung für die Entstehung einer linken Gegenvision zum gegenwärtigen System sein könnten, dann erscheint mir diese „ideologische Breite“ doch als etwas zu umfassend.

Was der Band trotz ähnlicher akademischer Referenzen (etwa auf das Werk von Polányi) auch nicht leistet bzw. leisten kann, ist eine Klammer, die die verschiedenen Beiträge zusammenhält. Eine inhaltliche Debatte im eigentlichen Sinne findet in dem Sammelband nicht statt – sie soll ja auch erst aus den einzelnen Beiträgen entstehen. Damit stehen die einzelnen Beiträge rein für sich.

Dies verweist wohl auch auf das größte Manko des ambitionierten Projektes, das hinter dem Sammelband steht: Es ist eine „Kopfgeburt“. Damit ist gemeint, dass hinter den Beiträgen keine soziale Bewegung, wie in den 1990ern bzw. den frühen 2000ern steht, sondern einzelne – mehr oder weniger organische – Intellektuelle, relativ losgelöst von einer politischen bzw. sozialen Treibkraft, versuchen eine gesellschaftspolitische Debatte anzustoßen. Trotz der oben erwähnten zahlreichen Interventionen, u. a. in Form von Veranstaltungen oder Zeitungskomentaren, scheint der Funke allerdings bislang allerdings noch nicht wirklich übergelassen zu sein. Ein wenig vergleichbar ist es daher auch mit den ersten Gehversuchen von Yanis Varoufakis' Vorzeigeprojekt „diem25“. Aber was noch nicht ist, kann ja noch werden. Interessant zu lesen sind viele der Beiträge allemal.

Julia Hofmann